

Gemeinsame Landesplanungsabteilung

Gemeinsame Landesplanungsabteilung | Postfach 60 07 52 | 14411 Potsdam

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam

EINGEGANGEN
19. Jan. 2018
232
4

Bearb.: Frau Madert
Gesch.-Z.: GL5.12 – 0306/2012 (BP)
0423/99 (GFNP)

Tel.: 0331-866-8757

Fax: 0331-866-8703

Regina.madert@gl.berlin-brandenburg.de

Internet: gl.berlin-brandenburg.de/

Potsdam, 15. Januar 2018

- Vorhabenbezogener Bebauungsplan (vBP) Nr. 2 „Solarpark Großwoltersdorf“ (3. Entwurf, Stand: Dezember 2017) und
- 5. Änderung des Flächennutzungsplanes des Amtes Gransee und Gemeinden (GFNP) (3. Entwurf, Stand: Dezember 2017)

Gemeinde: Großwoltersdorf
Amt: Gransee und Gemeinden
Kreis: Oberhavel
Region: Prignitz-Oberhavel

Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB

Hier: Ihr Schreiben vom 20.12.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der o.g. Planungsabsicht haben wir Ihnen mit Schreiben vom 26.04.2012 die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung mitgeteilt und im Rahmen der bisherigen Beteiligungen mehrfach Stellung genommen, zuletzt mit Schreiben vom 04.05.2017.

In den jetzt vorliegenden 3. Entwürfen der Bauleitpläne wurden die für eine Anpassung an die Ziele der Raumordnung erforderlichen Festsetzungen / Darstellungen weitgehend umgesetzt. Eine Ergänzung bzw. Klarstellung halten wir lediglich in folgendem Punkt für erforderlich:

- Für die im Flächennutzungsplan dargestellte Sonderbaufläche mit hohem Grünanteil ist deren Zweckbestimmung (z.B. Solarpark) anzugeben.

Hinweise

Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) befindet sich z. Zt. im Aufstellungsverfahren. Der 2. Entwurf zum LEP HR wurde am 19.12.2017 von den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg gebilligt, die öffentliche Auslegung wird voraussichtlich am 05.02.2018 beginnen. Der Entwurf des LEP HR kommt bei der Beurteilung der Planungsabsicht jedoch noch nicht zur Anwendung, da für die hier

Dienstsitze

AL/SAL/GL 1, 2, 3, 5, 6	14467 Potsdam	Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
GL 4	03046 Cottbus	Gulbener Straße 24
GL 5	15236 Frankfurt (Oder)	Müllroser Chaussee 54

Telefon

0331-866-8701
0355-494924-51
0335-560-3101

Fax

0331-866-8703
0355-494924-99
0335-560-3118

ÖPNV

Tram 92, 93, 96, Bus 606
Bus 16
Tram 3, 4, Bus 981

relevanten Regelungsbereiche der rechtswirksame LEP B-B bis zum Inkrafttreten des LEP HR verbindlich bleibt.

Neben dem Regionalplan „Rohstoffsicherung“ wird derzeit der Regionalplan „Freiraum und Windenergie“ der Region Prignitz-Oberhavel neu aufgestellt. Für das Plangebiet enthält der Entwurf vom 26.04.2017 keine zeichnerischen Festlegungen.

Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Ulrike Kessler



LAND BRANDENBURG

Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam



BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 2

Bearb.: Frau Andrea Schuster
Gesch.-Z.: LfU_TÖB-
3700/886+6#9609/2018
Hausruf: +49 355 4991-1303
Fax: +49 355 4991-1074
Internet: www.lfu.brandenburg.de
Andrea.Schuster@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 11. Januar 2018

5. Änderung des Flächennutzungsplanes des Amtes Gransee und Gemeinden

Ihr Zeichen: 31123 - led/züh

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 20.12.2017
- Begründung mit Umweltbericht, 12/2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Anregungen und Hinweise der Fachbereiche Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Aus dem Fachbereich Naturschutz erfolgt keine Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Schuster

Dieses Dokument wurde am 11. Januar 2018 durch Andrea Schuster schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage

Besucheranschrift:
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam
OT Groß Glienicke

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	FNP Amt Gransee und Gemeinden, 5.Änderung, OHV

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)	
a) Einwendung	
b) Rechtsgrundlage	
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)	

2. Fachliche Stellungnahme	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
Das Referat T21 hat im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 BauGB zu o.g. (Vor-) Entwurf zuletzt mit Schreiben vom 26.04.2017 bereits eine Stellungnahme abgegeben. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind uns keine neuen Erkenntnisse bekannt. Die Aussagen unserer Stellungnahme behalten weiterhin ihre Gültigkeit.	

Ansprechpartnerin: Referat T21 – Frau Maahs-Richter Tel.: 03391 838-522

Dieses Dokument wurde am 11. Januar 2018 durch Gerlinde Maahs-Richter schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren
und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	5. Änderung des FNP des Amtes Gransee und Gemeinden, LK OHV

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung <div style="border: 1px solid black; height: 20px; margin-top: 5px;"></div>
b) Rechtsgrundlage <div style="border: 1px solid black; height: 20px; margin-top: 5px;"></div>
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen) <div style="border: 1px solid black; height: 20px; margin-top: 5px;"></div>

2. Fachliche Stellungnahme	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<div style="text-align: center; font-size: 2em;">↓</div>	

Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:

Grundsätzliche Hinweise LfU Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren)

Bearbeiterin: Frau Kirsten Genselin (Tel.: 033201 / 442 - 441)

Das Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsfragen) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu genanntem Flächennutzungsplan zuletzt mit Schreiben vom 11.04.2017 eine Stellungnahme abgegeben.

Da es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse zu dem Vorhaben gibt, behalten die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.

Kirsten Genselin

Sachbearbeiterin **Referat W13** (GG)

Dieses Dokument wurde am 8. Januar 2018 durch Kirsten Genselin schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



LAND BRANDENBURG

Landesbetrieb Forst Brandenburg | Oberförsterei Neuendorf | Plötzenstraße 17 | 16775 Löwenberger Land

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

EINGEGANGEN

22. Jan. 2018

Landesbetrieb *FB* 244/102
Forst Brandenburg

- untere Forstbehörde -

Oberförsterei Neuendorf
Plötzenstraße 17
16775 Löwenberger Land/OT Neuendorf

Bearb.: Holtz.-Baumert/Hintze
Gesch.Z.: LFB3.05/7026-32/FNP-04/15
Telefon: (033051) 90731
Fax: (033051) 900026
obf.neuendorf@lfb.brandenburg.de
www.forst.brandenburg.de
www.wald-online.de

Neuendorf, 16.01.2018

**TÖB-Stellungnahme zur 5. Änderung des FNP des Amtes Gransee und Gemeinden, Gemeinde Großwoltersdorf nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch
Verfahrensstand: Dezember 2017**

Sehr geehrter Herr Meißner,

hiermit erhalten Sie die Stellungnahme des Landesbetriebes Forst Brandenburg als untere Forstbehörde, hier vertreten durch die Oberförsterei Neuendorf.

Die Waldflächen sind in der FNP-Darstellung mit einer Fläche von 1,53 ha ausgewiesen und im Sinne von § 2 Landeswaldgesetz Brandenburg (LWaldG)¹ nicht mehr direkt betroffen.

Die uFB stimmt der vorgelegten FNP-Änderung zu, da keine anderen forstfachliche Belange betroffen sind.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Hintze

Leiter der Oberförsterei

¹ Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr.06], S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14 [Nr. 33])

Dienstgebäude

Oberförsterei Neuendorf Plötzenstraße 17

16775 Löwenberger Land

Telefon

(033051) 90731

Fax

(033051) 900026

Bankverbindung: Landesbank Hessen-Thüringen Helaba, BLZ: 30050000, Kto.-Nr. 7035000038
BIC WELADEDDE IBAN DE98 3005 0000 7035 0000 38

Sprechzeiten: Di 13.00 – 17.00 Uhr u. nach tel. Vereinbarung

BI



LBGR | Postfach 10 09 33 | 03009 Cottbus



Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Inselstraße 26
03046 Cottbus

Bearb.: Herr Gerber
Gesch.-Z.: 74.21.53-3-143
Telefon.: 0355 48 64 0 - 333
Telefax: 0355 48 64 0 - 510
Internet: www.lbgr.brandenburg.de
Olaf.Gerber@lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 10. Januar 2018

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB)

A Allgemeine Angaben

5. Änderung des Flächennutzungsplanes des Amtes Gransee und Gemeinden für den Änderungsbereich des geplanten „Solarparks in Großwoltersdorf“ (Entwurf Februar 2017)

Ihre Schreiben vom 7. September 2016, 30. März 2017 - 31123-züh und vom 20. Dezember 2017 - 31123-led/züh
Stellungnahmen des LBGR vom 4. Oktober 2016 - g23-1.10-1-4 und vom 10. Mai 2017 - 74.21.53-3-143

Anhörungsfrist: 19. Januar 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung wie folgt:

B Stellungnahme

Das LBGR hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zur vorliegenden Planung zuletzt mit Schreiben vom 10. Mai 2017 eine Stellungnahme abgegeben.

Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse Potsdam
Konto-Nr.: 711 040 174 7
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE 43 3005 0000 7110 4017 47
BIC-Swift: WELADEDXXX

Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen haben sich aus unserer Sicht keine neuen entscheidungsrelevanten Sachverhalte ergeben. Somit behalten die in unserer Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.

Freundliche Grüße
Im Auftrag



Gerber

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR · Lindenstraße 34 · 14467 Potsdam

BK Baukonzept
Architekten+Ingenieure
z.H. Michael Meißner
Gerstenstraße 09
17034 Neubrandenburg

vorab per Fax: 0395-4255920
vorab per email: info@baukonzept-nb.de

2018-01/ Herr Wilke
Tel: 0331/201 55-50
Ihr Zeichen: Wi

Potsdam, 12.01. 2018


Stellungnahme, Äußerung und Einwendung der anerkannten Naturschutzverbände NABU, BUND, NaturFreunde und SDW zum Vorhaben 5. Änderung Flächennutzungsplan Amt Gransee und Gemeinden

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Beteiligung am derzeit laufenden Verfahren. Das Amt Gransee möchte im Parallelverfahren zur derzeit laufenden Beteiligung zum Bebauungsplan „Solarpark Großwoltersdorf“ auch die Planungssicherung im Flächennutzungsplan erzielen. Aus der jetzt festgeschriebenen Nutzung des Planungsraumes für die Gewinnung von Bodenschätzen lässt sich die geplante Umnutzung als Sondergebiet für die Bereitstellung von Solaranlagen nicht herleiten. Da wir im laufenden B-Plan Verfahren bereits im Frühjahr 2017 beteiligt wurden, möchten wir natürlich unsere dort vorgebrachten Einwände gegen das Bauvorhaben auch im aktuellen Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) einbringen. Die von uns im Rahmen der ersten Beteiligung gemachten Einwände, wurden teilweise in den aktuellen Planungen berücksichtigt. Eine Zustimmung zur Änderung des Flächennutzungsplanes kann unter Einhaltung folgender Punkte, die auch Bestandteil des B-Planverfahrens sind, erfolgen. Die Zweckbindung der Fläche für den Naturschutz, nach Ablauf der jetzigen Nutzung im Jahr 2045, wird im FNP über eine Nebenbestimmung verankert. Die Flächen, die für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgesehen sind, werden auch als solche im FNP kenntlich gemacht. Das betrifft Flächen die im aktuellen B-Plan für diesen Zweck vorgesehen sind und Flächen die nördlich an das Planungsgebiet angrenzen. Insofern sind weitere Flächen nicht als Sonderbaufläche kenntlich zu machen, sondern als Flächen für den Natur- und Artenschutz. Hier sollte die Satzung der Gemeinde Großwoltersdorf über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 „Solarpark Großwoltersdorf“ zur Anwendung kommen und die dortigen Darstellungen sollen in den FNP übernommen werden. Dies betrifft insbesondere die dort mit A, C, F-F3, D1-D2 und E eingetragenen Bereiche. Eine komplette Darstellung des Gebietes als Sonderbaufläche im FNP lässt eben nicht den Schluss zu, dass diese Flächen später einer naturnahen Nutzung zugeführt werden. Weiterhin sollte keine bergbaulichen Flächen mehr im FNP dargestellt werden, da die bergbauliche Nutzung für diesen Bereich ausgelaufen ist, auch wenn noch Randbereiche vorhanden sind, die nicht bergbaulich genutzt wurden.

Wir bitten um weitere Beteiligung im Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen


Norbert Wilke

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR · Lindenstraße 34 · 14467 Potsdam

BK Baukonzept
Architekten+Ingenieure
z.H. Michael Meißner
Gerstenstraße 09
17034 Neubrandenburg

vorab per Fax: 0395-4255920
vorab per email: info@baukonzept-nb.de

2018-01/ Herr Wilke
Tel: 0331/201 55-50
Ihr Zeichen: Wi

Potsdam, 12.01. 2018

Stellungnahme, Äußerung und Einwendung des anerkannten Naturschutzverbandes Grüne Liga zum Vorhaben 5. Änderung Flächennutzungsplan Amt Gransee und Gemeinden und vbz.-B-Plan Nr. 2 der Gemeinde Großwoltersdorf „Solarpark Großwoltersdorf“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Beteiligung am derzeit laufenden Verfahren. Das Amt Gransee möchte im Parallelverfahren zur derzeit laufenden Beteiligung zum Bebauungsplan „Solarpark Großwoltersdorf“ auch die Planungssicherung im Flächennutzungsplan erzielen. Aus der jetzt festgeschriebenen Nutzung des Planungsraumes für die Gewinnung von Bodenschätzen lässt sich die geplante Umnutzung als Sondergebiet für die Bereitstellung von Solaranlagen nicht herleiten. Da wir im laufenden B-Plan Verfahren bereits im Frühjahr vergangenen Jahres beteiligt wurden, möchten wir natürlich unsere dort vorgebrachten Einwände gegen das Bauvorhaben auch im aktuellen Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) einbringen. Wir halten unsere Einwände, die wir in unserer Stellungnahme vom 2. Mai 2017 vorgebracht haben, vollumfänglich aufrecht und machen diese auch zum Bestandteil der jetzigen Stellungnahme. Das Ziel der fünften Änderung des FNP ist ausschließlich im Interesse eines Investors begründet, dessen Vorhaben im Planungsgebiet nicht genehmigungsfähig ist! Wir haben bereits in unserer Stellungnahme vom 2.5.2017 hinreichend dargelegt, welche Möglichkeiten es in der Gemeinde Großwoltersdorf gibt, damit die klima- und energiepolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung erreicht werden können. Die Aussage in den Antragsunterlagen, dass alternative Standorte nicht zur Verfügung stehen, wird angezweifelt. Die durchgeführte Prüfung von Alternativstandorten hat sich lediglich an Gebieten im Außenbereich mit einer Mindestgröße von 30 ha, die die Kriterien ehemalige Militär- oder Bergbaufolgelandschaft erfüllen, orientiert. Erwartungsgemäß gibt es solche Liegenschaften im Gemeindebereich nicht. Der Erwerb landwirtschaftlicher Flächen wurde, aufgrund hoher Erwerbskosten, nicht in Erwägung gezogen. Ackerflächen, wie z.B. im Bereich Burow-Buchholz, die über eine sehr geringe Bodenwertzahl verfügen, wurden nicht geprüft. Kleinteilige Maßnahmen im oder am Siedlungsbereich wurden ebenfalls nicht geprüft. Eine solche Prüfung würde im Interesse der Gemeinde, die Vorgaben der städtebaurechtlichen Bodenschutzklausel einzuhalten, sehr entgegenkommen. Die im B-Plan sehr detailliert dargestellte, geplante Nutzung

des Vorhabengebietes ist nicht Bestandteil der beantragten FNP Änderung. Hier wird lediglich in „Sonstiges Sondergebiet“ und „Wald“ unterschieden. Die im B-Plan für den Naturschutz ausgewiesenen Flächen sind nicht Bestandteil der FNP-Änderung. Dies lässt vermuten, dass es eben nicht vorgesehen ist, diese Flächen nach Beendigung der Solarenergienutzung dem Naturschutz zuzuführen. Die im B-Plan beantragte Flächennutzung sollte so auch im FNP-Änderungsantrag dargestellt werden.

Durch die für das Bauvorhaben als Grundlage dargestellte Geländemodellierung werden geschützte Biotope zerstört und es findet eine Beeinträchtigung der Ziele der Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Fürstenberger Wald und Seengebiet“ gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1 statt. Darin heißt es, dass Handlungen, die geeignet sind, den Charakter des Gebietes zu verändern, den Naturhaushalt zu schädigen, das Landschaftsbild zu beeinträchtigen oder sonst dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, genehmigungsbedürftig. Diese Genehmigung ist nicht erteilbar, da es sich hier nicht um eine Beeinträchtigung, sondern um die komplette Zerstörung gesetzlich geschützter Biotope handelt. Die Lage und Wertigkeit der geschützten Biotope sind im Umweltbericht auf Seite 20 dargestellt. Es kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, die Vorgaben einer Verordnung – hier Einhaltung der Klimaschutzziele - durch die Außerkraftsetzung anderer Verordnungen – hier Landschafts- und Naturschutz – zu erreichen. Der Wunsch der Gemeinde mit dieser Maßnahme die illegale Nutzung durch Motorsportler zu beenden ist nachvollziehbar, die Einhaltung rechtlicher Regelungen und Normen muss aber auch bei der Beibehaltung des Istzustandes gewährleistet werden können. Der Antragsteller führt aus, dass es sich bei dem vorliegenden Bebauungsplan um ein Einzelvorhaben im LSG handelt, für das der Landkreis im konkreten Zulassungsverfahren über eine Ausnahme entscheidet und eben nicht das Land als Ordnungsgeber. Dennoch bleibt es im Ermessen des MLUL hier eine Zustimmung abzugeben, da sowohl die Größe des Vorhabens, die Lage im Außenbereich und auch die bereits angekündigten Folgeanträge zum Projekt, wie der notwendige Leitungsbau, eben nicht darauf schließen lassen, dass es sich hier um ein Einzelvorhaben im Sinne des § 1 Absatz 1 NatSchZustV (Naturschutz Zuständigkeitsverordnung) handelt. Ob die Flächen, wie in den Antragsunterlagen ausgeführt, ab dem Jahr 2045 wirklich als Naturschutzflächen ausgewiesen werden, wird von uns angezweifelt. Zwar führt der Antragssteller in den Unterlagen zum B-Plan auf Seite sechs des 12. Umweltberichtes aus, dass die Laufzeit des Solarparks zum 31.12.20145 endet und das sich in der Folgezeit unterschiedliche Biotopstrukturen ausbilden sollen. Bis wann der Rückbau erfolgen soll und wer ihn durchführen wird ist nicht erwähnt. Die im Zuge der Projektumsetzung entstehenden Biotopverluste sollen durch dingliche Sicherung, Aufwertung geeigneter Biotopstrukturen und die vertragliche Sicherung eines mehrjährigen Pflegemanagement auf Nachbarflächen kompensiert werden. Es ist aber fraglich, ob dieser gute Ansatz ausreichend sein wird, eine vollumfängliche Kompensation des Eingriffes herzustellen. Weiterhin wird angezweifelt, ob diese Maßnahmen nachhaltig sind wenn die Kompensationsflächen nicht im Eigentum des Vorhabenträgers oder der Gemeinde sind. Für die im Zuge der Baumaßnahmen notwendigen Eingriffe in den Zauneidechsenbestand wird eine ökologische Baubegleitung empfohlen. Unsere Stellungnahme vom 2. Mai 2017 und unseren Leitfaden zur Zauneidechse fügen wir unserer Stellungnahme als Anlage bei.

Wir bitten um weitere Beteiligung im Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Wilke

Arbeitshilfe für Stellungnahmen zur Zauneidechse (*Lacerta agilis*)

1. Einführung

Die Zauneidechse (*Lacerta agilis*) ist trotz rückläufiger Tendenzen in Brandenburg noch weit verbreitet und besiedelt offene und halboffene Habitate. Nach den Roten Listen wird die Zauneidechse in Brandenburg und Berlin als gefährdet eingestuft; deutschlandweit gilt sie als Art der Vorwarnliste. Im Rahmen des FFH-Monitorings wird der Erhaltungszustand der Zauneidechsenpopulationen in Brandenburg derzeit als ungünstig-unzureichend bewertet. Ursache für den Rückgang sind vor allem die Zerstörung, Beeinträchtigung oder Beseitigung von Kleinstrukturen durch intensive Landwirtschaft und Flächenverbrauch durch Siedlungsentwicklung.

Die Zauneidechse kommt häufig in Strukturen vor, die durch bauliche Vorhaben betroffen sind. Zum Beispiel sind Bauerwartungsland, Bahn- und Schienensäume oder Abbaugruben durch vielseitige Strukturen reicher, so dass dort oft wichtige Lebensräume liegen (vgl. Andreas Lukas, Recht der Natur-Schnellbrief 182, S. 80). Dementsprechend ist der Schutz der Zauneidechse regelmäßig gutachterlicher Prüfungsgegenstand in Bebauungsplan- und Planfeststellungsverfahren – es handelt sich um eine höchst planungsrelevante Art.

Bei Baumaßnahmen innerhalb von Zauneidechsen-Lebensräumen müssen Vorhabenträger, zuständige Behörden und beteiligte Naturschutzverbände die rechtlichen Bestimmungen des besonderen Artenschutzes (§§ 44 und 45 BNatSchG) beachten. Als streng geschützte Art (Anhang IV FFH-RL) gelten für die Zauneidechse die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG). Die dort normierten Verbote, Individuen zu töten, sie während der Fortpflanzungs- und Überwinterungszeiten erheblich zu stören oder ihre Lebensstätte zu zerstören, stellen zwingende Rechtsvorschriften dar. Ein Verstoß dagegen ist gem. § 69 BNatSchG ordnungswidrig und kann mit einem hohen Bußgeld geahndet werden.

Desweiteren haben die Öffentlichkeit und die anerkannten Naturschutzverbände in Planfeststellungs- als auch in Bauplanungsverfahren die Möglichkeit im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung Stellungnahmen abzugeben – in Brandenburg u.a. auch zu artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigungen.

In diesem Sinne sollen die anschließenden Ausführungen Naturschützern helfen, einen Überblick über die rechtliche Situation rund um den Schutz von Zauneidechsen zu bekommen. Hierzu wird zunächst auf die Biologie, den Lebensraum und Kartierung der Zauneidechse eingegangen. Dann werden die Möglichkeiten von Vergrämnungsmaßnahmen und deren qualitativen Anforderungen dargestellt. Schließlich widmen sich Kapitel 5 bis 7 dem komplexen Thema der artenschutzrechtlichen Verbote und deren Ausnahmegenehmigungen. Damit die rechtlichen Ausführungen auch umgesetzt werden können, endet die Arbeitshilfe mit konkreten Hinweisen für das Anfertigen für Stellungnahmen.

2. Biologie und Lebensraum der Zauneidechse

Zauneidechsen gehören zu den Reptilien. Sie sind poikilotherme (wechselwarme) Tiere und müssen ihre Körpertemperatur durch das gezielte Aufsuchen unterschiedlich temperierter Bereiche regulieren. Daher sind sie auf Lebensräume mit hohen Temperaturgradienten angewiesen und müssen gewisse Phasen in Inaktivität verbringen (z.B. während der Winterkälte oder bei zu großer Hitze) (SCHNEEWEISS et al. 2014).

Die ersten Zauneidechsen werden nach dem Ende des Winters oft schon Anfang März aktiv (vorjährige Jungtiere und/oder adulte Männchen). Die Paarungszeit beginnt wenige Wochen später mit dem Erscheinen der Weibchen (April/Mai). Zwischen Ende Mai und Anfang August erfolgt die Eiablage. Hierzu werden sandige Plätze aufgesucht, die von der Sonne erwärmt werden können. Das Weibchen gräbt nachts kleine Löcher und setzt darin 5-14 weichschalige Eier ab. Die Entwicklungszeit im Sandboden ist stark von der Umgebungstemperatur abhängig (bei 21 bis 24 Grad Celsius beträgt sie 2 Monate). Die Schlüpflinge werden nach der 2. Überwinterung geschlechtsreif (SCHNEEWEISS et al. 2014, WIKIPEDIA 2015 ???).

Die Überwinterung beginnt, sobald ausreichende Energiereserven angelegt wurden. Adulte Männchen ziehen sich bereits ab Anfang August zurück, gefolgt von den Weibchen sowie den vorjährigen Tieren im September. Die Schlüpflinge sind am längsten aktiv, teilweise noch im Oktober, bevor auch sie sich in ein Winterquartier zurückziehen (BLANKE 2010 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014).

Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 5 oder 6 Jahren (BERGLIND 2000 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014). Einzelne Tiere können deutlich älter werden und sich bis ins hohe Alter fortpflanzen (BERGLIND 2005 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014). Zu den natürlichen Feinden gehören viele Vögel und Säugetiere, aber auch andere Reptilien. Bei Bedrohung kann die Eidechse ihren Schwanz an einer von mehreren „Sollbruchstellen“ abwerfen und auf diese Weise den Feind ablenken. Allerdings dient der Schwanz als wesentlicher Reservespeicher für den Winter, wodurch sich für solche Tiere die Chancen, den Winter zu überstehen, erheblich verringern, obwohl der Schwanz wieder (kürzer) nachwächst.

Darüber hinaus erweisen sich Zauneidechsen als sehr ortstreu. Laut diverser Studien wandern sie kaum mehr als 10 oder 20 Meter (BLANKE 2010 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014). 70 Prozent der Zauneidechsen entfernen sich sogar lebenslang nicht weiter als 30 Meter vom Schlupfort (YABLOKOW et al. 1980 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014). Diesen wichtigen Aspekt der Ortstreue gilt es bei geplanten Eingriffen in Zauneidechsenlebensräumen besonders zu berücksichtigen.

Die Aktivitätsräume der Zauneidechsen überlappen sich. So werden Sonnenplätze und Verstecke gemeinsam genutzt (BLANKE 2010 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014).

3. Qualifizierte Kartierung von Zauneidechsen

Bei der Prüfung, ob ein Vorhaben gegen artenschutzrechtliche Verbote verstößt, ist der erste Schritt eine ausreichende Bestandsaufnahme der im Planungsraum vorhandenen Arten und ihrer Lebensräume (vgl. BVerwG, Urteil vom 12.08.2009 – 9 A 64.07).

Desweiteren hat das Bundesverwaltungsgericht dazu entschieden, dass die Anforderungen an Art, Umfang und Tiefe der Untersuchungen von den naturräumlichen Gegebenheiten im Einzelfall sowie von Art und Ausgestaltung des Vorhabens abhängen. Die häufig anzutreffenden Zufallsbeobachtungen im Zuge der Geländebegehung für die Umweltprüfung eines Bebauungsplans bei der Überplanung eines Zauneidechsenlebensraums reichen nicht aus (vgl. BVerwG, Urteil vom 09.07.2008 – 9 A 14/07).

Das heißt, dass nur qualifizierte Kartierungen die Grundlage für die artenschutzrechtlichen Entscheidungen bezüglich der Zauneidechse bilden können. Aus Sicht der Umweltverbände bedeutet das folgendes:

Wenn möglich sollen Reptilienfachleute die Habitatqualität und/oder das –potenzial hinsichtlich der Ansprüche der Zauneidechsen einschätzen und bewerten. Denn nur diese sind in der Lage aufgrund ihrer fundierten Kenntnisse zum Vorkommen der Art im Vorhabensgebiet eine fachgerechte Risikobewertung zu liefern. Es ist in diesem Zusammenhang nicht ausreichend, sich auf reine Betrachtungen zur Qualität bzw. Kapazität des betreffenden Lebensraumes (Potenzialabschätzungen) zu berufen (SCHNEEWEISS et al. 2014, S. 9/10).

Für systematische Erfassungen werden Bearbeiter mit der notwendigen Erfahrung gebraucht, da es im Falle der Zauneidechsen besonders wichtig ist, „zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle“ zu suchen (RAHMEL 1997 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014). Es sollten auf Grund der verschiedenen jahres- und tageszeitlichen Aktivitätsphasen der Echsen mindestens 4 Begehungen zwischen April und September zu unterschiedlichen Tageszeiten durchgeführt werden (BLANKE 1999 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014). In großen Suchräumen (z.B. Trassen) ist eine Vorauswahl von Verdachtsflächen mittels Luftbildern/Karten durch erfahrene Reptilienbearbeiter sinnvoll. Die Untersuchung großflächiger Habitate muss jeweils auf mehrere Tage verteilt werden oder mit mehreren Personen erfolgen (SCHNEEWEISS et al. 2014).

Bei einem Verweis auf bereits vorhandenes Datenmaterial werden weitere, ergänzende Kartierungen gefordert, wenn die vorhandenen Daten älter als 5 Jahre sind (SCHNEEWEISS et al. 2014).

Generell ist nur ein Bruchteil der tatsächlich im Gebiet vorkommenden Zauneidechsen zu beobachten. Umso größere Bedeutung kommt einer sorgfältigen Dokumentation der Ergebnisse zu (Erfassung von Alter, Geschlecht, Besonderheiten, Einmessung der Fundpunkte per GPS usw.) (SCHNEEWEISS et al. 2014).

Merkmale und Anforderungen an typische, von Zauneidechsen besiedelte Habitate sind:

- strukturreiche, unterschiedlich hohe und dichte Vegetation mit weitgehend geschlossener Krautschicht und eingestreuten Freiflächen (SCHNEEWEISS et al. 2014)
- vereinzelte Gehölze (positiv sind Verbuschungsgrade bis 25 %) oder dichte Gehölze (Hecken, Wälder) auf Teilflächen (SCHNEEWEISS et al. 2014)
- gut besonnte, offene oder spärlich bewachsene Sandstellen mit lockerem Boden und angrenzender Deckung (zur Eiablage) (SCHNEEWEISS et al. 2014)
- ausreichendes Beuteangebot (Insekten, Spinnen, etc.) (SCHNEEWEISS et al. 2014)
- Vielzahl an Verstecken (z.B. ehem. Kleinsäugerbaue), Deckung (SCHNEEWEISS et al. 2014)

- wärmebegünstigte, strukturreiche Flächen wie Ruderalfluren, reife Heiden und Waldlichtungen (SCHNEEWEISS et al. 2014)
- Wechsel aus offenen, lockerbödigem Abschnitten und dichter bewachsenen Bereichen (? WIKIPEDIA 2015 ?)
- wichtige Elemente: Totholz, Altgras (? WIKIPEDIA 2015 ?)
- viele Übergangsbereiche/hohe Grenzliniendichte (z.B. Waldränder, Raine, Bahnanlagen) (SCHNEEWEISS et al. 2014)
- neu geschaffene Lebensstätten müssen gut mit den bereits von Zauneidechsen besiedelten Lebensräumen vernetzt und möglichst groß sein (SCHNEEWEISS et al. 2014)
- die Standorteigenschaften müssen dauerhaft denen typischer Zauneidechsenhabitate entsprechen oder angeglichen werden (SCHNEEWEISS et al. 2014)
- potenziell notwendige Pflegemaßnahmen zur Schaffung und Sicherung einer dauerhaft hohen Habitatqualität sollten so schonend wie möglich erfolgen (BLANKE 2010 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014)

Demnach sind Zauneidechsen in folgenden, beispielhaft aufgeführten Lebensräumen anzutreffen: Magerbiotope wie trockene Waldränder, Bahndämme, Heideflächen, Dünen, Steinbrüche, Kiesgruben oder Wildgärten (? WIKIPEDIA 2015 ?).

4. Anforderungen an Vergrämuungsmaßnahmen

Kommt eine Kartierung zu dem Ergebnis, dass auf dem vom Vorhaben betroffenen Gebiet Zauneidechsen leben, so sollen diese in der Regel vor der Projektumsetzung vergrämt werden. Unabhängig von der Frage, wie Vergrämuungsmaßnahmen gegenüber der Zauneidechse rechtlich zu bewerten sind (siehe dazu unter 5.), sind bestimmte fachliche Aspekte zu berücksichtigen.

So soll die Ausführung der Vergrämuungsmaßnahmen unbedingt durch erfahrenes, fachkundiges Personal erfolgen (PESCHEL et al. 2013).

Auf Grund der Ortstreue der Zauneidechsen sind Vergrämuungsmaßnahmen nur begrenzt und nur über kurze Distanzen (max. 20 – 50 m) möglich. Hierfür müssen in unmittelbarer Nähe geeignete Flächen mit der entsprechenden Habitatqualität zur Verfügung stehen, die darüber hinaus auch noch barrierefrei selbstständig von den Echten erreichbar sein sollen (SCHNEEWEISS et al. 2014).

Bei Eingriffen in die Vegetation oder die Habitatstruktur ist es erforderlich, größere Flächen sektorenweise zu bearbeiten. Die Beräumung sollte streifenförmig und zeitlich gestaffelt von innen nach außen durchgeführt werden, um die zu überwindenden Distanzen weitgehend deckungsarmer Bereiche möglichst gering zu halten und auf diese Weise den Stress sowie Prädationsgefahr zu minimieren. Es wird empfohlen, gewisse Abwanderungsachsen zu belassen (z.B. durch temporär von der Mahd ausgenommene Bereiche oder das gezielte Ausbringen von temporären Verstecken – „Trittsteinen“), die einen gleichzeitigen Lenkungseffekt ausüben (SCHNEEWEISS et al. 2014).

Bei der gezielten Entfernung von Vegetation und sonstigen Verstecken spricht man von struktureller Vergrämuung. Sie ist hinsichtlich ihres vergleichsweise wenig invasiven Charakters als erste Option der Verbotsmeldung zu berücksichtigen. Sowohl die geringere Stressbelastung für die Zauneidechsen als

auch die verminderte Verletzungsgefahr im Gegensatz zum störungsintensiven Abfang sprechen für die Wahl dieser Methode. Unter Umständen ist es gegeben, beide Methoden zu kombinieren. Alle Versteckmöglichkeiten (Stein-, Reisighaufen, liegendes Totholz, Streuauflagen usw.) sollten innerhalb der Aktivitätszeit (jahres- und tageszeitlich als auch witterungsbedingt) sensibel entfernt werden, um eine aktive Flucht zu ermöglichen. Die Entfernung unterirdischer Verstecke generiert ein erhöhtes Gefährdungspotenzial und sollte deshalb unbedingt vorher kritisch geprüft werden (PESCHEL et al. 2013).

Zum angepassten Entfernen der Vegetation zählt neben der Rodung von Deckung bietenden Gehölzen vor allem die Mahd. Mit Hilfe der Mahd von Gras- und Krautfluren verlieren diese Flächen hinsichtlich Deckung und Nahrungsverfügbarkeit für die Echsen ihre Attraktivität, so dass sie kurzfristig verlassen werden. Wichtig ist hierbei, dass der Schnitt möglichst kurz erfolgt, damit den Tieren keine Versteckmöglichkeiten übrig bleiben. Selbstverständlich sollen die Mäharbeiten auf eine Weise geschehen, die Verletzungen oder gar Tötungen von Zauneidechsenindividuen möglichst ausschließt. Geeignet sind daher Zeiten, in denen die Tiere inaktiv sind und sich in ihren Verstecken aufhalten (z.B. die Abend- oder frühen Morgenstunden, kalte Tage, während oder unmittelbar nach Niederschlägen solange die Flächen nass sind, ggf. können derartige Bedingungen auch mittels künstlicher Beregnung hergestellt werden, wobei die Gefahr des Ertrinkens von Eidechsen überprüft werden muss). Das Mahdgut muss nach dem Schnitt vollständig von der Fläche entfernt werden, um den Zauneidechsen keine weiteren Verstecke zu belassen, welche die gewünschte Abwanderung verzögern bzw. verhindern könnten. Beim Einsatz von großen Maschinen dürfen deren Bodendrücke nicht höher sein als Bodendrücke, die durch Wildtiere (Rehe, Wildschweine) erzeugt werden. Auf den gemähten und beräumten Flächen sind Kontrollen bzgl. des Vorhandenseins von Zauneidechsen solange durchzuführen, bis keine Nachweise mehr erbracht werden (PESCHEL et al. 2013).

Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen dürfen die Verstecke nicht während der winterlichen Inaktivität entfernt werden. Das Entfernen von Vegetation ist hingegen über das ganze Jahr hinweg möglich. Das zügige und vollständige Abwandern der Eidechsen lässt sich durch einen jahreszeitlich frühen Beginn der Vergrämnungsmaßnahmen beschleunigen (ideal: vor der Eiablage). Je später mit der strukturellen Vergrämnung begonnen wird, desto mehr nimmt die Gefahr zu, dass sich bereits Gelege im Boden befinden (PESCHEL et al. 2013).

Zur Vermeidung von Verletzung oder gar Tötung von Zauneidechsenindividuen ist es unter Umständen sogar notwendig sie von der Fläche abzufangen und auf neue Flächen umzusetzen (RUNGE et al. 2010 zitiert in SCHNEEWEISS et al. 2014). Die Zwischenhalterung stellt aber lediglich eine temporär begrenzte Notlösung dar. Für die Halterungsfläche gelten die gleichen Anforderungen wie für ein neues Habitat. Da es sich bei einer Zwischenhalterung um eine Tierhaltung handelt, sind die Echsen entsprechend der Vorschriften des Tierschutzgesetzes zu versorgen und zu betreuen. Auf kleineren Flächen sind Maßnahmen zum Schutz vor Prädatoren unverzichtbar. Die Tiere müssen hinsichtlich ihres Ernährungs- und Gesundheitszustandes regelmäßig von fachkundigem Personal kontrolliert werden. Die Beobachtungen sind sorgfältig zu dokumentieren (SCHNEEWEISS et al. 2014).

5. Artenschutzrechtliche Verbote

Die Zauneidechse gehört zu den besonders und streng geschützten Arten (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG) für die die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG gelten (SCHNEEWEISS et al. 2014).

§ 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG regelt folgendes:

(1) Es ist verboten,

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelschutzarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Der Begriff der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte ist jeweils artenspezifisch zu definieren. Für die Zauneidechse mit ihrem kleinen Aktionsradius und sich überschneidenden Fortpflanzungs- und Ruhestätten, die eine ökologisch-funktionale Einheit bilden, ist eine „weite“ Definition angebracht). Paarung und Eiablage erfolgen an jeder geeigneten Stelle im Lebensraum. Entsprechendes gilt für die Lage der Tages-, Nacht- oder Häutungsverstecke. Daher muss der gesamte besiedelte Habitatkomplex als Fortpflanzungs- bzw. Ruhestätte angesehen werden. Das heißt, dass jeder Eingriff in den Lebensraum einer Zauneidechsenpopulation eine Verletzung des Verbotstatbestandes des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG auslösen kann. Mit diesem gehen im Regelfall auch Tötungen und Verletzungen von Individuen einher. Die beiden genannten Verbote haben einen Individuenbezug, das heißt sie sind bereits verletzt, wenn einzelne Tiere bzw. Lebensstätten beeinträchtigt werden (SCHNEEWEISS et al. 2014, S. 9/10).

Das Störungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG spielt im Zusammenhang mit Zauneidechsen nur eine untergeordnete Rolle, da ein Verbotseintritt kaum denkbar ist, ohne dass es zuvor zu einer Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten kommt.

Droht bei der Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die artenschutzrechtlichen Verbote, ist zu prüfen, ob die verbotswidrigen Beeinträchtigungen durch die Anwendung der sogenannten vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) in § 44 Abs. 5 BNatSchG (s. u.) abgewendet werden können bzw. eine Ausnahme zugelassen werden kann. Wird diese Prüfungshierarchie nicht beachtet, erfüllt eine Planung nicht die an sie gestellten rechtlichen Anforderungen. Sie ist dann rechtsfehlerhaft und kann in letzter Konsequenz unvollziehbar bzw. nichtig sein.

6. Vorgezogene Vermeidungsmaßnahmen gem. § 44 Abs. 5 BNatSchG – sog. CEF-Maßnahmen

Im Rahmen des besonderen Artenschutzes sind also verschiedene Fallgestaltungen vorgesehen, in denen die soeben erläuterten Verbote nicht zur Anwendung kommen. Obwohl deren Tatbestand objektiv betrachtet erfüllt wäre, ist gesetzlich angeordnet, dass ein Verstoß gegen das jeweilige Verbot nicht vorliegt. Unter den jeweiligen zusätzlichen Voraussetzungen bedarf es dann auch keiner behördlichen Ausnahme- oder Befreiungsentscheidung mehr. So erlaubt § 44 Abs. 5 BNatSchG zur Wahrung der ökologischen Funktion, des vom Vorhaben betroffenen Bereichs, vorgezogene Vermeidungsmaßnahmen. Diese Regelung zielt unter anderem auf die Schaffung neuer Lebensräume mit anschließender Umsiedlung.

Die Möglichkeit, verbotene Beeinträchtigungen sowie damit einhergehende unvermeidbare Tötungen einzelner Exemplare mithilfe der Durchführung von CEF-Maßnahmen zu umgehen, kommt jedoch nur in bestimmten Konstellationen zum Tragen. Das Gesetz öffnet die Möglichkeit zur Durchführung von CEF-Maßnahmen nämlich nur auf nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie auf Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 S. 1 BNatSchG, welche nach den Vorschriften des BauGB zulässig sind.

Das heißt, bei allen genehmigten Natur-Eingriffen im In- und Außenbereich besteht die Möglichkeit zur Durchführung von CEF-Maßnahmen. Hintergrund dieser Regelung ist die Annahme, dass die artenschutzrechtlichen Anforderungen entweder bereits bei der Planung, spätestens jedoch bei der Vorhabenzulassung Berücksichtigung gefunden haben und erforderlichenfalls über behördliche Anordnungen sichergestellt wurden.

Anforderungen an CEF-Maßnahmen:

- Die Maßnahmen müssen unmittelbar am voraussichtlich betroffenen Bestand ansetzen,
- die Maßnahmen müssen mit diesem räumlich-funktional verbunden sein und
- zeitlich so durchgeführt werden, dass zwischen dem Erfolg der Maßnahme und dem vorgesehenen Eingriff keine zeitliche Lücke entsteht.
- Die Maßnahmen müssen die negative Einwirkung auf die Lebensstätte minimieren oder sogar ganz beseitigen.
- Die Maßnahmen müssen die Lebensstätte vergrößern oder mögliche Verluste von teilen oder Funktionen der Lebensstätte an anderer Stelle derselben Lebensstätte ausgleichen.
- Die ökologische Funktionsweise solcher Maßnahmen muss nachgewiesen werden.
- Die Durchführung der Maßnahmen und deren Erfolg müssen überwacht werden.
- Es muss ein hohes Maß an Sicherheit bestehen, dass die Maßnahmen wirksam werden.

Aber: Seit dem Freiberg-Urteil (BVerwG, Urteil v. 14.07.2011 – 9 A 12.10) kann bzgl. der Zauneidechse auf diese Privilegierung fast nicht mehr zurückgegriffen werden. Denn kann der Vorhabensträger im Einzelfall das Risiko durch entsprechende Maßnahmen nicht ausreichend eindämmen, so kann sein Vorhaben nicht an der Privilegierung des § 44 Abs. 5 BNatSchG teilhaben. Die meisten Vergrämnungsmaßnahmen können – wie auch dargestellt – ihrerseits ein erhöhtes

Tötungsrisiko bergen, insofern ist die Durchführung dieser Vergrämnungsmaßnahmen zur Baufeldfreimachung nur mit einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG möglich.

So bestätigt das BVerwG (Urteil v. 8.01.2014 – 9 A 4.13) einen Planfeststellungsbeschluss, der ein Tötungsrisiko für Zauneidechsen durch verschiedene Maßnahmen (Vergrämnung bzw. Fangen der Tiere im Baufeld, Verhinderung der Rückwanderung durch Errichtung eines überklettersicheren Zauns und Umsetzung der Tiere in geeignete Habitate in räumlicher Nähe) verneinte. Das BVerwG hat dies als vertretbare Einschätzung angesehen, wobei im Urteil entscheidend darauf abgestellt wird, dass die Zauneidechse nicht flächendeckend im Trassenbereich vorkam, sondern nur an drei kleinen und leicht überschaubaren Standorten mit geringen Versteckmöglichkeiten.

Wichtig:

Die Wirksamkeit von Vermeidungsmaßnahmen muss für die Genehmigungsbehörde feststehen. Andernfalls können artenschutzrechtliche Verbote nicht abgewendet werden. Die Vermeidungsmaßnahmen müssen Beeinträchtigungen von Zauneidechsen bzw. ihrer Lebensstätten verhindern und dürfen nicht selber zur Verletzung der artenschutzrechtlichen Verbote führen.

Dies gilt auch, wenn Vorhabensträger unter Zeitdruck stehen und Zauneidechsen erst bei Realisierung des Vorhabens entdeckt werden. Da es in diesem Bereich jede Menge von Vollzugsdefiziten gibt, ist es umso wichtiger, dass Umweltverbände so viel wie möglich dokumentieren, die Behörden (Baugenehmigungsbehörde, untere Naturschutzbehörde, Staatsanwaltschaft) und evtl. die Presse informieren.

6.1. Das Abfangen von Zauneidechsen

Wird als Vergrämnungsmaßnahme das Umsiedeln der Zauneidechse geplant, so erfüllt dies den Tatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, denn Verletzung bzw. Tötung der Zauneidechse darf auch nicht bei Vergrämnungsmaßnahmen in Kauf genommen werden. § 44 Abs. 5 BNatSchG ist also nicht einschlägig – eine Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG muss erteilt sein.

Denn beim notwendigen Abfangen der Tiere kann das Töten übersehener plus gegebenenfalls zurückgewandelter Tiere nie ausgeschlossen werden. Zudem kommt es beim Abfangen immer wieder vor, dass Tiere ihren Schwanz abstoßen. Beim Schwanzverlust bedingt durch das Abgreifen handelt es sich um eine Verletzungshandlung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG. Denn damit wird in die körperliche Integrität erheblich eingegriffen, weil die Zauneidechse mit dem Schwanz einen größeren Teil ihrer Fettvorräte sowie Schnelligkeit verliert (vgl. Andreas Lukas, Recht der Natur-Schnellbrief 184, S. 103).

Wichtig:

Umsiedlungen sind nur für autochthone Bestände vorzunehmen. Umsiedlungen sind nur im absoluten Notfall vorzunehmen, wenn keine anderen Vergrämnungsmaßnahmen zum gewünschten Ziel führen. Desweiteren sind Umsiedlungen schonend und nach neusten Erkenntnissen mit qualifizierten Fachpersonal (Artenspezialisten) durchzuführen.

6.2. Entfernen von Versteckmöglichkeiten

Auch das weitgehende Entfernen oder Verschließen von Versteckmöglichkeiten stellt einen Verstoß gegen das Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, dar. Die ihrer Verstecke (Ruhestätten) beraubten Eidechsen sind nämlich einem erhöhten Mortalitätsrisiko ausgesetzt. Auch bei geeigneten Witterungsbedingungen hält sich i. d. R. ein Teil der Zauneidechsen in ihren oftmals unterirdischen und verwinkelten Verstecken auf; eine Nutzung kann somit auch zu einem langsamen Verenden von eingeschlossenen Tieren führen. Insoweit droht regelmäßig auch ein Verstoß gegen § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (vgl. i. Blanke (2006): Wiederfundhäufigkeit bei der Zauneidechse (*Lacerta agilis*), Zeitschrift für Feldherpetologie 13, 123).

6.3. Angepasstes Entfernen der Vegetation

Gleiches gilt für das angepasste Entfernen der Vegetation in Zauneidechsenhabitaten. Auch hier liegt ein Verstoß gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 und 3 BNatSchG vor. Zauneidechsen nutzen neben unterirdischen Verstecken auch die oberirdische Vegetation und Streuauflagen als Verstecke und Rückzugsort. Bei Eidechsen ist zudem nicht nur der einzelne Eiablage-, Sonn- oder Versteckplatz etc. als zu schützende Fortpflanzungs- oder Ruhestätte zu betrachten, sondern der gesamte bewohnte Habitatkomplex. Entscheidend für das Vorliegen einer Beschädigung i. S. d. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist die Feststellung, dass eine Verminderung des Fortpflanzungserfolges oder der Ruhemöglichkeiten des betroffenen Individuums oder der betroffenen Individuengruppe wahrscheinlich ist. Dies wäre hier der Fall. Die Zauneidechsenhabitats sollen durch das Entfernen der Vegetation ausdrücklich hinsichtlich der Deckung und Nahrungsverfügbarkeit so unattraktiv gestaltet werden, dass diese möglichst kurzfristig verlassen werden. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Flächen ihre ökologische Funktion als Fortpflanzungs- oder Ruhestätten verlieren sollen. Sonst würden die Eidechsen nicht abwandern – letztendlich handelt es sich um eine Form der Baufeldfreimachung (vgl. R. Peschel, M. Haaks, H. Gruss, C. Kielmann (2013): Die Zauneidechse (*Lacerta agilis*) und der gesetzliche Artenschutz, Naturschutz und Landschaftsplanung 45 (8), S. 241).

6.4. Mahd

Bei einer in diesem Zusammenhang geplanten Mahd kann ein versehentliches Verletzen oder Töten von Zauneidechsen erst recht nicht ausgeschlossen werden, insbesondere bei der ausdrücklich empfohlenen großflächigen Mahd durch landwirtschaftliche Dienstleister. Insofern besteht auch hier eine Verletzung von § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BNatSchG (vgl. R. Peschel, M. Haaks, H. Gruss, C. Kielmann (2013): Die Zauneidechse (*Lacerta agilis*) und der gesetzliche Artenschutz, Naturschutz und Landschaftsplanung 45 (8), S. 241-247).

7. Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung

Soweit die Erhaltung der ökologischen Funktion der betroffenen Lebensstätte nach § 45 Abs. 5 BNatSchG nicht möglich ist, was gerade bei Zauneidechsen häufig der Fall ist, bedarf das geplante Vorgehen einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG.

§ 45 Abs. 7 BNatSchG:

Die nach Landesrecht für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden sowie im Fall des Verbringens aus dem Ausland das Bundesamt für Naturschutz können von den Verboten des § 44 im Einzelfall weitere Ausnahmen zulassen

1. zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden,
2. zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt,
3. für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung,
4. im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt oder
5. aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.

Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weiter gehende Anforderungen enthält. Artikel 16 Absatz 3 der Richtlinie 92/43/EWG und Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie 2009/147/EG sind zu beachten. Die Landesregierungen können Ausnahmen auch allgemein durch Rechtsverordnung zulassen. Sie können die Ermächtigung nach Satz 4 durch Rechtsverordnung auf andere Landesbehörden übertragen.

Damit müssen folgende Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahme vorliegen:

- Es müssen zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art gegeben sein **und**
- es dürfen keine zumutbaren Alternativen bestehen,
- das geplante Vorhaben darf zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustand der Population einer Art führen und
- etwaige weitergehende Anforderungen gem. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL müssen eingehalten werden.

Von **zwingenden Gründen** kann nur gesprochen werden, wenn das jeweilige Vorhaben gerade für die Verwirklichung des zu seinen Gunsten ins Feld geführten öffentlichen Belangs realisiert werden soll oder sich dieser Belang zumindest als ein Hauptzweck des Vorhabens erweist. Dabei kommen nur besonders schwerwiegende öffentliche Belange als Rechtfertigung für eine Ausnahme in Betracht (vgl. BVerwG, Urteil v. 27.01.2000 – Az. 4 C 2/99). Ein öffentliches Interesse ist dann gegeben, wenn das Vorhaben zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dient (BVerwG, Urteil v. 09.03.1990 – Az. 7 C 21/89).^[K1] Als wirtschaftlicher Belang kommt z. B. die Stärkung der Wirtschaftskraft einer Region oder die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Frage (Lütke/Ewer, BNatSchG-Kommentar, 2011, § 45 Rn. 44).

Der Begriff des **öffentlichen Interesses** meint dabei nicht, dass es sich nur um Planungen oder Vorhaben öffentlicher Träger handeln darf. Auch an der Verwirklichung von Planungen oder Vorhaben privater Träger kann ein öffentliches Interesse bestehen. Zwar mag die Realisierung solcher Vorhaben privaten wirtschaftlichen Bedürfnissen des Vorhabenträgers dienen, ein öffentliches Interesse ist aber dann gegeben, wenn das Vorhaben zugleich dem **Allgemeinwohl**^[K2] dient (BVerwG, Urteil v. 09.03.1990, Az. 7 C 21/89; BVerwG, Urteil v. 13.06.2006, Az. 4 A 1075/04).

Überwiegend sind schließlich diejenigen öffentlichen Interessen, die in Abwägung den mit dem besonderen Artenschutzrecht verfolgten Belangen des Naturschutzes vorgehen (vgl. BVerwG, Urteil v. 09.07.2009 – 8 C 10399/08). Woraus sich das erhebliche, die artenschutzrechtlichen Belange überwiegende Gewicht ergibt, muss jeweils plausibel gemacht werden. Dieses Gewicht kann sich z. B. aus den Vorgaben der Raumordnung, also der Landesentwicklungs- oder Regionalplanung ergeben (Frenz, Muggenborg, BNatSchG Kommentar, 2. Auflage, Berlin 2015). Pauschale Betrachtungsweisen, wie das grundsätzliche öffentliche Interesse am Bau von Solarparks **und**^[K3] Wohnungsbau oder andersherum das grundsätzliche Interesse an der Nichtversiegelung von Flächen überwiegt immer, sind nicht zulässig.

Als **wirtschaftlicher Belang** kommt z. B. die Stärkung der Wirtschaftskraft einer Region oder die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Frage (Schumacher/Fischer-Hüftle, BNatSchG-Kommentar, 2011, § 45, Rn. 41).

Nach § 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG darf die Ausnahme ferner nur dann zugelassen werden, wenn **keine zumutbare Alternativen** gegeben sind. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass Art. 16 Abs. 1 FFH-RL sowie Art. 9 Vogelschutz-RL davon sprechen, dass es „keine anderweitige zufriedenstellende Lösung“ geben darf. Daraus folgt, dass sofern eine entsprechende Alternative verfügbar ist, ein strikt zu beachtendes Vermeidungsverbot gilt, das nicht im Wege der planerischen Abwägung überwunden werden kann. Die Gemeinde muss prüfen, ob es auf dem Gebiet der Gemeinde keinen anderen Ort gibt, an dem die beabsichtigte Planung mit geringeren Nachteilen für die geschützten Arten durchgeführt werden kann. Alternativlosigkeit liegt nicht schon dann vor, wenn gewisse Abstriche am Planungsziel gemacht werden müssen (BVerwG, Urteil vom 17.05.2002, BVerwGE 116, 254, 263 für den FFH-Gebietsschutz).

Für die Erteilung einer Ausnahme ist weiter erforderlich, dass durch die verbotene Handlung der **Erhaltungszustand der Population** der betroffenen Art nicht verschlechtert werden darf. Hierbei ist vorrangig auf den Erhaltungszustand der betroffenen lokalen Population abzustellen, um zu einer ökologisch aussagekräftigen Bewertung zu gelangen. Zusätzlich sind auch die Auswirkungen auf die Population der Art in einem Bundesland bzw. Deutschland insgesamt zu betrachten, um auf

Grundlage einer Gesamtbewertung eine Entscheidung über das Vorliegen der Ausnahmevoraussetzungen treffen zu können (Lütkes/Ewer, BNatSchG-Kommentar, 2011, § 45 Rn. 50).

In Brandenburg kann angesichts des Bestandes und der Verbreitung der Zauneidechse davon ausgegangen werden, dass ein einzelnes Vorhaben in der Regel nicht geeignet ist, den Erhaltungszustand der Population auf Landesebene zu verschlechtern. Um eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der betroffenen (lokalen) Population zu vermeiden, sind in der Regel im Rahmen einer Ausnahmezulassung „Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes der Population“ festzusetzen (auch als FCS-Maßnahmen bezeichnet). Diese Maßnahmen setzen an der betroffenen (lokalen) Population an und unterscheiden sich insofern von CEF-Maßnahmen, die direkt an der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte ansetzen müssen (Schneeweiss, Blanke, Kluge, Hastedt, Bair: Zauneidechsen im Vorhabensgebiet – was ist bei Eingriffen und Vorhaben zu tun?, Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg 23 (1) 2014, S. 13).

Solche Maßnahmen sind dann zulässig, wenn sie den negativen Effekt des Vorhabens vollständig kompensieren, hohe Erfolgsaussichten aufweisen und bereits Wirkung entfalten, wenn die Beeinträchtigung stattfindet.

Beispielhafte Maßnahmen:

- Wiederherstellung eines artgerechten Lebensraums nach Abschluss der Baumaßnahmen vielfach möglich (z.B. bei Sanierung von Deponien, Errichtung von Solarparks)
- Anlage eines neuen Habitats ohne direkte funktionale Verbindung zur betroffenen Fläche in einem großräumigen Kontext oder Umsiedlung einer lokalen Population
- Vergrößerung und/oder Aufwertung des Lebensraumes einer benachbarten Population

8. Anforderungen an neue Eidechsenhabitate

Optimale Bedingungen für ein Eidechsenhabitat bedeutet: die vorhandenen Flächen und Strukturen weisen ausreichend Versteckplätze für alle Altersklassen auf, Winterquartiere und Eiablageplätze sind in ausreichender Zahl vorhanden und es ist genügend Nahrung im unmittelbaren Umfeld vorhanden (s. o. unter 3.). Eine neugestaltete Fläche muss sich über mehrere Jahre entwickeln bis sie diese Voraussetzungen erfüllt.

Grundsätzlich sind folgende Kriterien zu beachten (vgl. Hubert Laufer, Praxisorientierte Umsetzung des strengen Artenschutzes am Beispiel von Zaun- und Mauereidechsen, 2014, LUBW):

- Die neuen Lebensräume müssen im Bereich des natürlichen Verbreitungsgebietes liegen.
- Der neue Lebensraum muss eine Größe haben, die ein langfristiges Überleben gewährleistet.
- Eine zwischenartliche Konkurrenz ist auszuschließen.
- Der Lebensraum darf nicht schon durch die Zielart besiedelt sein.
- Die Aussetzungsfläche ist reptiliensicher einzuzäunen (keine Abwanderung).

Bei CEF-Maßnahmen muss die Qualität der neu geschaffenen Lebensstätte derjenigen der beeinträchtigten entsprechen oder besser sein. Daher muss die Kompensationsfläche im Regelfall mindestens gleich groß oder größer sein als die vom Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten. Gleiches gilt für Flächen bei FCS-Maßnahmen (SCHNEEWEISS et al. 2014).

Schließlich sind im Rahmen von Eingriffsverfahren neu angelegte Lebensräume zu sichern (Ankauf bzw. vertragliche Regelungen und Eintragungen ins Grundbuch zu Gunsten der zuständigen Naturschutzbehörde). Ihre langfristige (mindestens 20-25 Jahre) „reptilienfreundliche“ Pflege ist festzuschreiben (SCHNEEWEISS et al. 2014).

9. Monitoring

Desweiteren ist für alle Maßnahmen ein dauerhaftes, umfassendes Monitoring mit einer aussagefähigen Dokumentation durch Fachpersonal sowie ergänzende Korrektur- und Vorsorgemaßnahmen bereits im Genehmigungsverfahren einzufordern.

Konkret bedeutet dies (vgl. Hubert Laufer, Praxisorientierte Umsetzung des strengen Artenschutzes am Beispiel von Zaun- und Mauereidechsen, 2014, LUBW):

- Die Bestandskontrollen sind alljährlich durchzuführen.
- Das „Bestandsmonitoring“ kann nach fünf Jahren beendet werden, wenn der Zielbestand erreicht ist.
- Zusätzlich zur Bestandserhebung ist in neuen Habitaten die Entwicklung der Strukturen und der Vegetation zu erheben.

Schließlich sollte im Zulassungsverfahren geregelt werden, welche ergänzenden Korrektur- und Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen sind, wenn das Monitoring inklusive Erfolgskontrolle die Prognose nicht bestätigen sollte (vgl. LANA 2010). Dabei ist besonders hilfreich, Verantwortlichkeiten derart festzulegen, dass klar ist, wer die Entscheidung über Erfolg bzw. Misserfolg trifft.

Wichtig ist an dieser Stelle auch, dass das Monitoring nicht dazu dient, lediglich den Erfolg oder Misserfolg einer Maßnahme zu dokumentieren. Es ist solange durchzuführen, bis etwaige Unsicherheiten über den Erfolg der Schutzmaßnahmen – gegebenenfalls nach ergänzenden Korrektur- und Vorsorgemaßnahmen – ausgeräumt sind und die Wirksamkeit feststeht (SCHNEEWEISS et al. 2014).

10. Konkrete Hinweise für das Anfertigen der Stellungnahmen

Bei der Anfertigung von Stellungnahmen handelt es sich um einen höchst individuellen Prozess, bei dem die Inhalte davon abhängen um welches Vorhaben auf welchem Gebiet bei welcher Behörde es sich handelt.

Grundsätzlich sollten die vorhandenen Unterlagen mit dieser Arbeitshilfe abgeglichen werden:

- Ist eine qualifizierte Kartierung vorgenommen worden?

- Welche Vergrämnungsmaßnahmen sind geplant?
- Sind die geplanten Maßnahmen die richtigen Maßnahmen? Sind sie verhältnismäßig?
- Werden die Maßnahmen von qualifiziertem Personal durchgeführt?
- Was für Ersatzhabitate gibt es? Welche Qualität haben diese?
- Ist die artenschutzrechtliche Prüfung korrekt durchgeführt worden? Liegen alle Ausnahmegenehmigungen vor?
- Sind Kompensationsmaßnahmen geplant? Genügen diese den Anforderungen?
- Sind neue Habitate geplant? Genügen diese den Anforderungen?
- Wird ein Monitoring geplant bzw. durchgeführt? Genügt dieses den Anforderungen?

Zu allen Abweichungen, Unklarheiten bzw. Fragen ist dann schriftlich Stellung zu nehmen. Sollte aus welchen Gründen auch immer Zeitmangel eine ausführliche Reflexion verhindern, kann man trotzdem grundsätzlich alle diese Punkte fordern.

Bei unzureichenden Unterlagen gibt es zwei Möglichkeiten:

- Hinweis, dass die vorliegenden Unterlagen hinsichtlich der geplanten Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen für die Zauneidechse nur sehr allgemein gehalten sind und keine konkrete Bewertung zulassen. Die genauen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen sind daher durch uns nicht abschließend einzuschätzen. Deshalb sind zwingend auch die ausgewiesenen Fachexperten der Naturschutzstation Rhinluch einzubeziehen.
- Es kann eine Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) gestellt werden.

Literaturempfehlungen:

BLANKE, I.; Wiederfundhäufigkeit bei der Zauneidechse (*Lacerta agilis*), Zeitschrift für Feldherpetologie, 2006

FRENZ, W., MÜGGENBORG, H.-J.; BNatSchG-Kommentar, 2. Auflage, 2015

HUBERT, LAUFER; Praxisorientierte Umsetzung des strengen Artenschutzes am Beispiel von Zaun- und Mauereidechsen, LUBW, 2014

LANA 2010; Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz: Hinweise zu zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes – Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz (TMLFUN), Oberste Naturschutzbehörde)

LUKAS, A.; Recht der Natur-Schnellbrief 182 (IDUR e. V.), Zauneidechse, Teil 1

LUKAS, A.; Recht der Natur-Schnellbrief 184 (IDUR e. V.), Zauneidechse, Teil 2

LÜTKES, EWER; BNatSchG-Kommentar, 2011

PESCHEL, R.; HAACKS, M.; GRUSS, H. & KLEMMANN, C.: Die Zauneidechse (*Lacerta agilis*) und der gesetzliche Artenschutz, Naturschutz und Landschaftsplanung, 2013

SCHNEEWEIß, N.; BLANKE, I.; KLUGE, E.; HASTEDT, U. & BAIER, R.: Zauneidechsen im Vorhabengebiet – Was ist bei Eingriffen und Vorhaben zu tun? Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg, 2014

SCHUMACHER, FISCHER-HÜFTLE; BNatSchG-Kommentar, 2011

Quellennachweis:

PESCHEL, R.; HAACKS, M.; GRUSS, H. & KLEMMANN, C. (2013): Die Zauneidechse (*Lacerta agilis*) und der gesetzliche Artenschutz. Naturschutz und Landschaftsplanung 45 (8). S. 241 – 247.

SCHNEEWEISS, N.; BLANKE, I.; KLUGE, E.; HASTEDT, U. & BAIER, R. (2014): Zauneidechsen im Vorhabengebiet – was ist bei Eingriffen und Vorhaben zu tun? Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg 23 (1). S. 4 – 22.

Gesetzliche Grundlagen:

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) – Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl.IS.2542), das zuletzt durch Artikel 421 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl.IS. 1474) geändert worden ist.

Verordnung zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung – BartSchV) – Bundesartenschutzverordnung vom 16. Februar 2005 (BGBl.IS.258, 896), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl.IS.95) geändert worden ist.